

# Hauptausschuss billigt weitere Flüchtlingsheime

## Planung für Waldseeplatz und Heitzenacker läuft bereits / CDU und Freie Wähler äußern Bedenken

Von unserem Redaktionsmitglied  
Michael Rudolphi

**Baden-Baden.** Der Hauptausschuss hat gestern Abend bei Enthaltungen von Freien Wählern und FDP das Vorhaben der Stadt gebilligt, weitere Unterkünfte für Asylbewerber zu errichten. Die CDU-Fraktion stimmte zwar zu, machte ihre Entscheidung im Gemeinderat am kommenden Montag aber davon abhängig, ob die Verwaltung bis dahin Fragen, etwa zur Finanzierung, beantwortet. Zu den Projekten zählen ein Flüchtlingsdorf für 1 000 Menschen auf dem Waldseeplatz, die ehemalige französische Funkstation im Heitzenacker mit 400 Plätzen und das Hotel Abarin im Rotenbachtal, das die Stadt anmieten möchte, um dort 80 Flüchtlinge zu beherbergen. Zudem soll in der Rheintalstraße in Sandweier ein Gebäude mit zehn Wohneinheiten entstehen, in dem 40 Menschen in der sogenannten Anschlussunterbringung wohnen sollen.

Oberbürgermeisterin Margret Mergen und Bürgermeister Michael Geggus appellierten eindringlich, der Vorlage zuzustimmen. „Die Vorschläge verlangen uns viel ab“, sagte die OB. Sie sei sich jedoch sicher, dass die Stadt diese Herausforderung bewältigen könne. „Wenn Sie da nicht mitgehen können, dann stehe ich an der Wand. Dann kann ich auch die Verantwortung nicht mehr tragen“, betonte Geggus. Er machte deutlich, dass die Stadt angesichts der zunehmenden Flüchtlingszahlen gezwungen sei, die umstrittene Sammelunterkunft auf dem Waldseeplatz zu bauen. „1 000 Menschen auf 20 000 Quadratmetern, das ist nicht vergnügungssteuerepflichtig. Das ist uns klar“, meinte der Dezernent. Die Verwaltung sei derzeit dabei, ein Konzept zur Struktur, Sicherheit, Versorgung und Hygiene sowie zur Betreuung der Menschen zu erarbeiten. Nach jetzigem Stand sind ein umzäuntes dreigeschossiges Container-Dorf und ein Zentrum für die hauptamtlichen



**KÜNFTIGES ASYLBEWERBERHEIM:** Die Stadt möchte auf dem Areal der früheren französischen Funkstation im Heitzenacker rund 400 Flüchtlinge unterbringen. Der Hauptausschuss stimmte dem Vorhaben zu. Foto: Rudolphi

Mitarbeiter vorgesehen. Die Kosten sind mit rund 15 Millionen Euro veranschlagt. Geggus möchte zudem zur organisatorischen Bewältigung der bevorstehenden Aufgaben in der Verwaltung ein Sachgebiet „Asyl- und Obdachlosenwesen“ schaffen.

Anfang November soll es im Alten E-Werk eine Bürgerinformation geben, in der der Bürgermeister seine Pläne detailliert vorstellen möchte.

Die CDU bat die Verwaltung, sich Gedanken über eine sinnvolle Nachnutzung der Unterkünfte zu machen. Beate Böhlen (Grüne), Kurt Hochstuhl (SPD) und Tilmann Schachtschneider (FBB) sprachen sich vorbehaltlos für das Konzept des Rathauses aus. Hans-Peter Ehinger (Freie Wähler) möchte wissen, welche finanzielle Belastung auf die Stadt zukommt: „Bis zur Gemeinderatssitzung brauchen wir einigermaßen ver-

lässliche Zahlen.“ OB Mergen wies darauf hin, dass es die angesichts des permanent wachsenden Flüchtlingsstroms und der damit verbundenen Aufgaben nicht geben könne. Geggus zufolge erhält die Stadt vom Land pro Flüchtling für den Zeitraum von 18 Monaten 13 260 Euro. „Das ist natürlich nicht kostendeckend“, bekräftigte der Bürgermeister. Für die Anschlussunterbringung müsse die Stadt aufkommen.